Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 61 — 90. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Freitag, den 13. März 1931

Winke mit dem Zaunpfahl.

Daß man in Polen das deutsch-polnische Liquidationsabkommen endlich im Sejm ratifiziert hat, mehr als drei viertel Jahre später, als dies im Deutschen Reichstag geschehen ist, entsprang wohl ebensowenig einer urplötzlich emporgewachsenen Zuneigung wie der zweite Beschluß des Sejms, auch den deutsch-polnischen Handelsvertrag anzunehmen. Dieser ist in Deutschland noch nicht ratifiziert, soll auch nicht etwa auf Grund der allgemeinen Zollermächtigung, die von der Reichsregierung gefordert wird, nun einfach angenommen werden und damit auch für Deutschland bindende Geltung erhalten. Sondern es ist erst noch vor ein paar Tagen offiziös erklärt worden, daß die Regierung dem Reichstage diesen Handelsvertrag zur Beratung und Beschlußfassung vorlegen wird. Warum Polen seinerseits es mit dieser doppelten Ratifizierung plötzlich so eilig hat, ist von dem polnischen Außenminister in bemerkenswert schöner Offenheit mitgeteilt worden: „auch wenn die andere Seite" — also Deutschland — „den Handelsvertrag nicht ratifiziere", habe doch das polnische Parlament — also die Regierung — „einen Beweis seines Friedenswillens und seiner ehrlichen Bemühungen zur Verbesserung der Weltwirtschaftslage gegeben". Und wer dann immer noch nicht die Situation und das Ziel erkannt hatte, für den fügte Herr Zaleski noch hinzu, daß die Schuld nicht mehr auf Polen falle, wenn jene Bemühungen gehemmt würden.

Man spielt also in Warschau ein bißchen Theater, erklärt, daß man selbst im Interesse eines europäischen Wirtschaftsfriedens sozusagen zu allem entschlossen sei, — und wenn es nicht den gewünschten Erfolg habe, dann könne die Welt wieder einmal sehen, daß Deutschland immer und überall der radaulustige Störenfried sei, genau so wie auch sonst in den Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Nun, da fällt uns gerade zu rechter Zeit ein kleines Zitat aus Schillers „Piccolomini" ein:

„Wär' der Gedank' nicht so verwünscht gescheit,
Man wär' versucht, ihn herzlich dumm zu nennen."

Ist doch gerade der Hauptpunkt, an dem die fünfjährigen Verhandlungen oft genug gescheitert sind, überhaupt kein wirtschaftlicher, sondern ein rein „politischer", das Niederlassungsrecht deutscher Staatsangehöriger in Polen nämlich, das man durchaus nicht bewilligen, schließlich nur mit allen möglichen Einengungen zulassen wollte, — und von dem derselbe Herr Zaleski im Sejm erklärte, daß „ohne die Bestimmungen des Niederlassungsrechtes ein Handelsvertrag gar nicht denkbar sei". Wäre man also in Polen auf diese durchaus zutreffende Weisheit ein wenig früher gekommen, dann wäre der Vertrag längst zustande gebracht worden; denn nie hat Deutschland in der Frage des Niederlassungsrechtes auch nur die geringsten Schwierigkeiten gemacht.

Aber man kann den Schiller gleich noch einmal zitieren: „Wohl ausgesonnen, Pater Lamormain!" — wobei unter diesem Pater hier auch wieder Herr Zaleski zu verstehen ist. Genau so wie die Einigung über die Seeabrüstung der großen Mächte nun von Polen als ein „Schritt auf dem Wege zur Sicherung des Weltfriedens" jubelnd begrüßt worden sei, werde man es auch wohl bei den Westmächten als eine solche „Sicherung" dankbar anerkennen, wenn man dort hört, das polnische Parlament habe den Handelsvertrag mit Deutschland ratifiziert. Ein Wink mit dem Zaunpfahl also oder, wie Onkel Bräsig in seiner bilderreichen Sprache zu sagen pflegte: „Nachtigall, ich hör' dir laufen, aus das Bächlein willst du saufen . . .!"

Der „höh're Ziel und Zweck" ist natürlich — die Genfer Tagung des Völkerbundrates im Mai, auf der Polen zur Beantwortung aller möglichen, und zwar teilweise recht unangenehmen Fragen genötigt sein kann. Da gilt es, eine angenehmere Atmosphäre zu schaffen, sich sozusagen als Friedensengel an der Weichsel zu präsentieren. Bloß ist es von Herrn Zaleski politisch nicht übermäßig klug, vor aller Öffentlichkeit nun die Farben auf das Wunschbild gleich ganz dick aufzutragen.

Das ändert für die deutsche Beurteilung der Lage nichts daran, daß wir uns irgendwelche Illusionen darüber machen, diese politische Dilettantenarbeit des polnischen Außenministers werde nicht den von ihm gewünschten Erfolg haben. In jüngster Zeit sind wiederum umfangreiche Zugriffe der polnischen Agrarpolitik auf den deutschen Grundbesitz in den ehemals preußischen Gebietsteilen erfolgt oder angekündigt, und der Gang der Gerichtsverhandlungen in Ostoberschlesien paßt auch schlecht zu der prätendierten Rolle des Friedensengels. Die politische Wirkung, die wir von dem Liquidationsabkommen erhofft haben, wurde also nicht erreicht; ob das wirtschaftspolitisch durch ein Zustandekommen des deutsch-polnischen Handelsvertrages besser gelingen wird, stößt daher mit Recht auf schwere Bedenken. Denn der politische Chauvinismus in Polen spielt auch bei der Beratung und Beschlußfassung in dem jetzt ja fast ganz nationalistischen Sejm wieder die erste Violine.

Um Lohn und Arbeitszeit

Im Zeichen von fünf Millionen Arbeitslosen.

Der Reichsarbeitsminister über seine Lohnpolitik.

Späte Winterstürme umwehen den Reichstag und eine dicke Schneedecke verhüllt wohltätig manche baulichen Exzesse einer mehr prunkvollen als schönen Architektur dieses Gebäudes. Dicke Schneedecken auch überall in der Runde im Tiergarten und die Siegesgöttin in ihrem Wagen auf dem Brandenburger Tor verschwindet hinter dem wirbelnden Schnee, der sich kalt und frostig über alles Leben legt. Kalt und frostig weht es auch aus den Worten des Reichsarbeitsministers den Zuhörern entgegen trotz aller Wärme, die der Minister selbst in seine Worte hineinzupressen versucht. Über allem, was er sagt und was er wünscht, liegt die dicke dichte Schneedecke der Wirtschaftsnot. Sein Haushalt steht heute zur Beratung. Dieser Haushalt, den ein Reichstagsabgeordneter früher einmal als den „Etat der armen Leute" scherzhaft bezeichnete. Was damals vor achtzehn Jahren ein Scherzwort war, ist jetzt bittere, eisige Wahrheit geworden. Wie oft hört man in den Ausführungen des Ministers oder der nach ihm hervortretenden Redner den Wunsch: „Es muß" oder „Dies oder jenes hat zu geschehen," „Wir müssen verlangen," „Der Arbeiter kann erwarten" usw. — und gleich wieder senkt sich die Schneedecke der Wirtschafts- und der Finanznot auf alle diese Forderungen, Bitten und Erwartungen. Verzweifelt wehrt sich das stolze, fast überstolze Werk unserer Sozialpolitik gegen diese Winterstürme, gegen diese wirbelnden Flocken der Not und Krise, gegen die Schneedecken eines anderen „muß", anderer Forderungen. Man muß versuchen, mit kleinen Mitteln durchzukommen, — das ist schließlich des Ministers letztes Wort, das ist auch die einzige realpolitische Weisheit der späteren Redner. Pr.

*

Sitzungsbericht.

(31. Sitzung.) CB. Berlin, 12. März.

Der Reichstag setzte die Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums fort. Verbunden mit der Beratung ist eine Reihe von Anträgen, darunter auch der über die Stillegung der Hütte Ruhrort-Meiderich und über Maßnahmen anläßlich des Bergwerksunglücks auf der Grube Eschweiler-Reserve.

Nach Erstattung des Ausschußberichtes ergriff

Reichsarbeitsminister Stegerwald

das Wort. Der Minister betonte, daß das staatliche Schlichtungs- und Tarifwesen seine Probe bestanden habe, obwohl Schwierigkeiten in Fülle vorhanden wären. Das amtliche Schlichtungswesen muß eine bestimmte Linie einhalten, sonst entsteht ein Lohnchaos. Die Kaufkrafttheorie übersieht, daß in einem Lande mit fünf Millionen Arbeitslosen und einigen Millionen Kurzarbeitern mit dem Stundenlohn des einzelnen Arbeiters nichts anzufangen ist. Vielmehr kommt es auf den Jahreslohn an und darauf, wieviel der einzelne und wieviel die Volkswirtschaft selbst davon für den Unterhalt der Arbeitslosen aufbringen muß.

Freie Lohngestaltung ist unsinnig

und unmöglich, namentlich dann, wenn auch gleichzeitig die Aufrechterhaltung von unwirtschaftlichen Preisbindungen in Kartellen sowie hohe Zölle gegenüber dem Auslande gefordert werden. Die staatliche Lohnpolitik hat nicht schuld an der Verschärfung der Wirtschaftskrise. Nicht Kürzung der Reallöhne ist Sinn der Regierungspolitik, sondern

Senkung der Gestehungskosten.

Der Minister betonte, daß er sich nachdrücklich einer Senkung der Reallöhne widersetzen wird, soweit das auf dem Wege der Schlichtung möglich ist.

Falls ein durchgreifender Erfolg den freiwilligen Bemühungen um eine wesentliche Verminderung des Arbeitslosenheeres nicht beschieden ist, wird die Regierung in die Zwangslage kommen,

gesetzgeberische Vorschriften über Arbeitsstreckung

durch Arbeitszeitverkürzung zu erlassen. Dabei ist man sich darüber klar, daß der Arbeitslosennot nur in Verbindung mit der Gesamtsanierung der deutschen Wirtschaft entscheidend beizukommen ist. Der Minister vertrat die Meinung, daß nur die Beitragserhöhung um drei Prozent der Arbeitslosenversicherung es fertiggebracht hat, über diesen harten Winter hinwegzukommen. Ließe sich

eine Anleihe von 1 bis 1,5 Milliarden

zu erträglichen Zinsen ermöglichen, so könnte die Regierung schon morgen ein Arbeitsbeschaffungsprogramm vorlegen, durch das 300 000 bis 400 000 Menschen beschäftigt werden könnten und in dessen Mittelpunkt die Reichsbahn stehen würde. Derartig langfristig Kredite zu beschaffen ist eine Vertrauensfrage und dieses Vertrauen kann nur dann kommen, wenn Staat und Wirtschaft in Ordnung gebracht werden. Bis dahin müssen wir uns mit kleineren Mitteln helfen. Ich bin kein Pessimist, trotzdem täusche ich mich nicht darin, daß 1931 noch ein schweres Krisenjahr für uns sein wird. Daß es bisher gelungen ist, für fünf Millionen arbeitslose Volksgenossen zu sorgen, ist eine Großtat des deutschen Volkes und der Arbeiterschaft. Der Minister wendet sich dann

der Wohnungsbaupolitik

zu und stellt für die Entwicklung des Jahres 1931 nach dieser Richtung hin eine sehr dunkle Prognose. Die Hauszinssteuermittel für den Wohnungsbau müssen stark verringert werden. Besondere Schwierigkeiten bestehen hierin auch wegen der Auseinandersetzungen mit den Gemeinden über die Realsteuern. Das Reich ist gewillt, für zweitstellige Hypotheken Reichsbürgschaft zu übernehmen und sie mit einem Zinssicherungsfonds zu unterbauen. Für den Mieter kommt es nicht darauf an, wie billig oder teuer eine Wohnung gebaut wird, sondern ihn interessiert nur

die Höhe der Miete selbst.

Diese kann aber nicht gesenkt werden, wenn so geringe Mittel zu einem verbilligten Zinsfuß für die Bauten zur Verfügung stehen. Es ist in den letzten Jahren vielfach zu groß und zu teuer gebaut worden. In der nächsten Zeit wird ferner

der Bedarf an Kleinwohnungen

zu befriedigen sein. Außerdem ist auf die Wohnungsbedürfnisse der Kinderreichen Rücksicht zu nehmen. Das Reich jedenfalls will dem ländlichen Wohnungswesen sowie der Vorstadtsiedlung die größte Sorgfalt zuwenden.

In der Aussprache nimmt zunächst das Wort der Abg. Graßmann (Soz.): Die Lohnsenkung sei ein untaugliches Mittel zur Besserung der Wirtschaftskrise. Schon jetzt stehe Deutschland mit seinen Reallöhnen weit hinter den meisten Kulturländern zurück, kurz vor Polen. Die Wiederbelebung der Wirtschaft kann nur erreicht werden durch eine Steigerung der Kaufkraft der Massen, und daher müßten die Löhne wieder auf eine Höhe gebracht werden, die es den Lohnempfängern erlaubt, Einkäufe über den allernotwendigsten Bedarf hinaus zu machen. Der Redner tritt dann

für die 40-Stunden-Woche ein.

Abg. Dr. Brauns (Ztr.) betont, besonders schwierig sei die Sanierung der Arbeitslosenversicherung. Die Leistungen dürfen hier nicht unbegrenzt und nicht fortdauernd schwankend sein. Die Invalidenversicherung wird auch mit einem Jahresdefizit von 90 Millionen zu rechnen haben. Beide Formen unserer Sozialversicherung müssen also vor dem Absinken bewahrt werden. Dabei darf auf die soziale Fürsorge nicht verzichtet werden. Doch kann diese nur mit kleinen Mitteln arbeiten. Redner verlangt größere Mittel für die

produktive Erwerbslosenfürsorge und die Eindämmung der Doppelverdienste.

Wir wehren uns mit aller Entschiedenheit gegen das Bestreben, die Sozialpolitik als die Ursache aller Wirtschaftsnot hinzustellen. (Beifall in der Mitte.)

Dann folgt die Abstimmung über den Gesetzentwurf, der die

Entschädigung der gewerbsmäßigen Stellenvermittler

vorsieht. Mit den 166 Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten wird gegen 147 Stimmen der sozialdemokratische Antrag angenommen, der die sofortige Aufhebung aller privaten Stellenvermittlungsbetriebe gegen Entschädigung vorschreibt.

Es folgt die zweite Beratung der Vorlage der Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes. Nach einer kurzen Debatte, bei der Abg. Mollert sich gegen die viel zu hohe Besteuerung des Brennstoffes sowie der Anhänger wendet, und das Gesetz als oberflächlich bezeichnet, während der Abg. Lind-Hessen (Landvolk) die Kraftfahrzeugsteuer billigt, wird die Vorlage in zweiter und dritter Lesung gegen Kommunisten und Wirtschaftspartei angenommen.

Dann wird die Aussprache zum Haushalt des Reichsarbeitsministeriums fortgesetzt.

Abg. Baltrusch (Volksnational) wendet sich gegen übertriebene Lohn- und Gehaltssenkungen. Er fordert ausreichende Senkung der Preise, besonders bei den Markenartikeln und tritt für die notwendigen Hilfsmaßnahmen im Interesse der Landwirtschaft ein.

Die Einfuhr agrarischer Auslandswaren müsse gedrosselt werden.

Das Staatsministerium solle dem Wohnungsbau weit stärkere Beachtung schenken, als das bisher geschehen ist.

Die Beratung wird abgebrochen. Das Haus vertagt sich auf Freitag.

Polen nimmt an!

Den Handelsvertrag und das Liquidationsabkommen.

Der Polnische Sejm hat den Antrag der Regierung auf Ratifizierung des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens mit 188 gegen 90 Stimmen bei zwei ungültigen Stimmen angenommen. Ferner wurde der deutsch-polnische Handelsvertrag, der am 17. März 1930 in Warschau unterzeichnet wurde, mit demselben Stimmenverhältnis wie für den Liquidationsvertrag angenommen.

Das Wort gegen den Vertrag führten die Nationaldemokraten, die sechs Redner auf die Tribüne schickten, um mit den üblichen Argumenten den Patrioten in Polen nachzuweisen, daß der Regierungsblock das Vaterland an den deutschen Erzfeind „verkaufe". Handelsminister Prystor empfahl die Annahme, da er, wie es in seiner Rede u. a. hieß, der polnischen Ausfuhr vor allen Dingen „sehr normale Wettbewerbsbedingungen gewährt und die Ausfuhrmöglichkeit stark erhöht, was somit zur Linderung der Krisenspannung beiträgt". Der bisherige Wirtschaftskrieg habe Polen beträchtliche Schäden zugefügt, die immer mehr auch den gesamten europäischen Wirtschaftsorganismus belasteten.

Ein gutes Geschäft für Polen.

Daß die beiden Abkommen mit Deutschland für Polen kein ganz ungünstiges Geschäft bilden, wie bereits immer von den Gegnern der Verträge in Deutschland hervorgehoben worden

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF